

Meinungen

Ideen für Wege aus dem Chaos

ABSTIMMUNG Mehr Einwohner bringen mehr Steuereinnahmen – aber auch mehr Regulierung und Verteuerung. Wie die Schweiz aus diesem Teufelskreis ausbrechen kann. **REINER EICHENBERGER**

Um ihren Vorsprung hinsichtlich Lebensqualität zu halten, muss die Schweiz eine andere und klügere Politik als die EU verfolgen. Dazu braucht es Unabhängigkeit und Mut. Und gute Politik fällt nicht vom Himmel. Vielmehr braucht es auch das richtige Personal und einen ehrlichen Diskurs. Und da liegt ein Hauptproblem der Personenfreizügigkeit: Sie verdreht vielen Politikern und Staatsangestellten den Kopf.

Den Regierungen auf allen Staatsebenen bringt das Bevölkerungswachstum sofort mehr Steuereinnahmen und Finanzspielraum – viel mehr, als es gute Politik tun würde. Wenn dann die grossen Ausgaben zur Bewältigung des Wachstums kommen, ist das Geld längst ausgegeben.

Den Staatsangestellten bringt die hohe Zuwanderung höhere Löhne. Denn mehr Einwohner bedeuten mehr Staatsangestellte. Weil diese grossmehrheitlich Schweizer sind, muss ein immer grösserer Anteil der Schweizer zu Staatsangestellten werden, was höhere Löhne bedingt.

Zugleich nimmt Personenfreizügigkeit den Bürgern die Lust an guter Politik, weil jede Steigerung der Wohlfahrt nur zu zusätzlichem Zuwanderungsdruck führt, der die Erträge guter Politik wieder neutralisiert und oft ins Gegenteil verdreht: Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltgütern etc.

Deshalb versuchen sich die Insider (diejenigen, die eine Arbeitsstelle und Wohnung haben) via zunehmende Regulierungen und Subventionen gegen die Outsider (die Zuwanderer und eigenen Jungen) zu schützen. Das gefällt den Linken. Endlich dürfen sie die Arbeits- und Wohnraummärkte verregulieren. Somit gilt: Personenfreizügigkeit bringt Chaos.

So oder so geht diese Diskussion nach der Abstimmung weiter – entweder zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsinitiative oder zur Verhinderung des Chaos infolge Personenfreizügigkeit. Zur Wahrung ihres hohen Wohlstands muss die Schweiz dreierlei tun.

1. Die Zuwanderung klug steuern, am besten mit einer Aufenthaltsgebühr für Neuzuwanderer.
2. Den politischen Entscheidungsträgern wieder wirksamere Anreize zu guter Politik geben, insbesondere mit

einer Stärkung des Föderalismus durch eine Reform des Finanzausgleichs.

3. Kluge Politikmassnahmen umsetzen. Dazu ein paar Anregungen.

Kluge Politik

Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik: Hier sollten die bisherigen Mengenziele durch echte Kostenwahrheit ersetzt werden. Mit angemessenen Preisen zur «Internalisierung der Externalitäten», also einem allgemeinen, ausnahmslosen CO²-Preis sowie kostendeckenden Abgaben im Privatverkehr und ÖV für Umweltbelastung, Betrieb und Infrastrukturnutzung.

Weil so die Anreize der Konsumenten und Produzenten zur Berücksichtigung der Kosten für die Allgemeinheit richtig gesetzt sind, sollte auf Subventionen alternativer Energieträger und Verkehrsmittel verzichtet und die Regulierungen stark abgebaut werden. Die so beim Staat anfallenden Mittel sollten an die Bürger durch Senkung von Steuern zurückgegeben werden.

Gesundheitspolitik: Den Krankenkassen und Bürgern müssen wirksame Anreize zu sparsamem und qualitätsorientiertem Umgang mit den knappen Ressourcen gegeben

werden, etwa so: Der Risikoausgleich zwischen den Kassen muss umgestellt werden. Es sollen nicht einfach diejenigen Kassen Geld erhalten, die besonders viele Versicherte mit besonders hohen Kosten haben, sondern die Kassen sollten Anreize erhalten, möglichst die Heilung und Gesunderhaltung ihrer Versicherten anzustreben.

Dazu braucht es ein Transferpreissystem: Diejenigen Kassen, die anderen Kassen Versicherte mit besonders tiefen Kosten abgeben, sollten eine Belohnung erhalten. Umgekehrt sollten diejenigen, von denen Versicherte mit besonders hohen Kosten zu anderen Kassen wechseln, diesen Kassen eine Abgeltung zahlen.

Altersvorsorge: Die Alterung ist kein Problem, sondern unser Glück. Die Menschen werden älter, weil sie immer gesünder sind. Probleme schafft nur das fixe Rentenalter. Wegen der Alterung gibt es immer mehr Konsumie-

rende und immer weniger Arbeitende. Also muss die Lebensarbeitszeit erhöht werden. Dafür braucht es keine Erhöhung des Rentenalters und damit «Zwangsarbeit» von Alten. Die Alten sollen freiwillig arbeiten. Dafür muss das grösste Hindernis für Arbeit im Alter gesenkt werden: die enorme Steuerlast. Ich vertrete deshalb eine Halbbesteuerung von Arbeitseinkommen von über 67-Jährigen.

Für die Lösung vieler Probleme muss die Kapitalbildung angeregt werden. Dafür muss die Besteuerung von Kapitalerträgen gesenkt werden. Denn Kapital ist heute völlig überbesteuert, weil nicht die realen, sondern die nominellen Kapitalerträge besteuert werden.

Seit 1950 brachten Bundesobligationen rund 3% Zins, jährlich. Allerdings war die Inflation und damit der Verlust der Kaufkraft des angelegten Kapitals bei etwa 2%. Den Anlegern blieben so real nur rund 1%. Besteuert werden sie aber auf ihrer nominellen Rendite von 3%; die Verluste durch Inflation können sie nicht absetzen.

Die Lösung ist einfach: Die Steuerpflichtigen müssten von ihrer nominellen Rendite die Inflationsverluste (Inflation mal Wert der nicht inflationsgeschützten Anlagen) abziehen können.

Private Initiative

Viele gute Reformvorschläge haben im Parlament und in den Regierungen keine Chance. Es braucht deshalb mehr Volksinitiativen. Aber viele Volksinitiativen wollen gar keine Probleme lösen, sondern vor allem der Selbstdarstellung von Parteien und dem Wählerfang dienen. Politische Parteien sind gemäss Definition parteiisch und gegen das Wohl einzelner Gruppen ausgerichtet.

Als Gegengewicht braucht es deshalb den «Grossen Preis der Schweiz». Die Initianten guter Initiativen – solche, die vom Volk angenommen werden – sollen eine Belohnung von 2 Mio. Fr. erhalten, am besten von einer privaten Stiftung. Diese «Ervolksprämie» gäbe Parteien und politischen Unternehmern Anreize, Initiativen zu lancieren, die gesellschaftliche Probleme so lösen, dass sie eine Mehrheit erhalten. Natürlich gibt es gegen diesen Vorschlag vielerlei Einwände. Doch die wichtigen kann er gleich selbst parieren. Denn jeder gute Einwand böte die Möglichkeit zu einer erfolgreichen und so belohnten Volksinitiative.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe.

Leicht offensiver

Die letzten beiden Quartale waren für meine internationalen Favoriten ein absoluter Volltreffer. Seit Ende

Februar hat der Wind gedreht. Erfreulicherweise hat sich meine Auswahl, die aus fünf Titeln besteht, besser geschlagen als der FuW Swiss 50, der 3,5% eingebüsst hat. Doch unter dem Strich blieb in den letzten drei Monaten ein Minus von 1,3%.

Die beste Aktie über die vergangenen Jahre war General Electric. Wer dem Tipp gefolgt ist, hat den Einsatz verfünffacht. Doch in den letzten Monaten bin ich etwas skeptischer geworden und gönne GE, die 6% verloren haben, zumindest eine Pause.

Dafür nehme ich neu den US-Halbleiterhersteller Broadcom in die Auswahl und werde damit offensiver. Die ehemalige Chipsparte von Hewlett-Packard gehört zu den wachstumsstärksten Unternehmen der USA und ist ein «heimlicher Mag 7».

Gut in Form mit einem Plus von 6% waren ING. Der niederländische Finanzkonzern ist für weitere Avancen gut und passt ins Team. Auch Coca-Cola behalte ich in meinem Top fünf. Die Performance war mit +3,3% solide. Ebenfalls dabei bleibt der spanische Versorger Iberdrola. Er war nur leicht im Plus. Doch auch hier setze ich auf den Diversifikationsfaktor.

Unzufrieden bin ich mit Danone. Der französische Nestlé-Konkurrent kommt nicht in Schwung (–12%). Auch wenn es verlockend ist, auf den Turnaround zu setzen, ist mir das zu risikoreich. Ich nehme den US-Giganten Caterpillar hinzu. Infrastruktur, Rohstoffe und andere Bereiche werden weiter von Investitionen profitieren, und da ist der Baumaschinenhersteller richtig positioniert.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor zum Thema Aktienauswahl



«Für die Lösung vieler Probleme muss die Kapitalbildung angeregt werden.»

der Wirtschaft durchbrechen

Abwärtsspirale. Eine entschiedene Antwort ist gefordert. **ANDRÉ KÜHNLENZ**



«Strukturreformen dürfen nicht fehlen, ihre Erwartungseffekte sind wichtig für die Investitionen, werden aber kein Gamechanger sein.»

Lebensmittelherstellern, alle anderen Branchen leiden noch heute.

Viele erschreckt die Aussicht auf steigende Staatsschulden. Doch gerade liberale Versäumnisse verschleppten die Krisenantwort. Wenn Deutschland kein verlorenes Jahrzehnt wie Italien erleben will, muss Berlin nachlegen. Strukturreformen sind wichtig, werden aber kein Gamechanger sein. Kürzungen als Antwort gingen in Südeuropa nach hinten los.

Steuersenkungen sollten angesichts der laufenden Aufrüstung von der Tagesordnung verschwinden. Stattdessen braucht Deutschland einen Fiskalimpuls, der Unternehmenskosten adressiert, den Nachfragemangel angeht und Haushalte entlastet. Eine Notlage in der Schuldenbremse muss eine temporäre Entlastung ab Juli finanzieren: Senkung der Beitragslast um 3 Prozentpunkte. Zudem sollte die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel gestrichen werden, damit Haushalte wieder andere Industriegüter kaufen.

Die vorübergehende Beitragssenkung und Mehrwertsteuerstreichung kosten 2% des Bruttoinlandsprodukts. Diesen Preis muss Deutschland zahlen, um ein verlorenes Jahrzehnt abzuwenden.

André Kühnlenz ist FuW-Redaktor mit Fokus u.a. auf Deutschland.

AHV2030 löst keine Strukturprobleme

REFORM Statt mit Langfriststrategie reagiert der Bundesrat mit höheren Abgaben. **DAMIEN MARTIN** Bern



«Der eigentliche Hebel liegt darin, möglichst viele Menschen länger produktiv im Arbeitsmarkt zu halten.»

Wer den erläuternden Bericht zur AHV-Reform AHV2030 liest, dürfte bereits früh stutzen. Ziel der Reform sei die «nachhaltige Stabilisierung» der AHV für den Zeitraum 2030 bis 2040. Für die Altersvorsorge eines ganzen Landes ist das ein erstaunlich kurzer Horizont. Und er ist symptomatisch: Die Schweiz schiebt die strukturellen Fragen der AHV seit Jahren von Reform zu Reform weiter.

Dabei scheint der Bundesrat die Probleme der AHV längst erkannt zu haben – und benennt sie erstaunlich offen: alternde Bevölkerung, Pensionierung der Babyboomer und die milliarden schwere dreizehnte AHV-Rente, die das System zusätzlich belastet.

Die Diagnose stimmt also. Neu ist sie allerdings nicht. Und leider gilt das auch für die politische Therapie. Bundesbern reagiert auf die strukturellen Probleme der AHV erneut vor allem mit kurzfristiger Stabilisierung statt mit einer konsequenten Langfriststrategie.

Und so landet auch diese Reform wieder dort, wo AHV-Debatten in der Schweiz fast immer enden: bei höheren Abgaben. Mehrwertsteuer rauf, breitere Beitragspflicht, zusätzliche Einnahmen. Ein strukturelles Problem der Alterung soll fiskalisch überdeckt werden – bis es wieder eng wird. Dabei hält der Bundes-

rat selbst fest, dass Menschen künftig länger arbeiten und Frühpensionierungen unattraktiver werden sollen.

Der vorgeschlagene höhere AHV-Freibetrag ab 65 geht diesbezüglich zwar grundsätzlich in die richtige Richtung. Doch auch diese Massnahme bleibt letztlich eher kosmetisch – selbst Bun-

desrätin Baume-Schneider spricht im Kontext der Anreize von «bescheidenen Anpassungen».

Wer freiwillig länger arbeitet und den Rentenbezug hinausschiebt, stabilisiert die AHV ohnehin bereits direkt. Der eigentliche Hebel liegt deshalb nicht bei ein paar Tausend Franken Freibetrag, sondern darin, möglichst viele Menschen länger produktiv im Arbeitsmarkt zu halten.

Dafür müsste Bundesbern allerdings den Mut finden, Erwerbsarbeit im Alter konsequenter zu fördern – statt primär neue Einnahmequellen zu erschliessen.

Gelingt es nämlich nicht, deutlich mehr Menschen freiwillig länger im Arbeitsmarkt zu halten, bleibt am Ende nur noch die ungeliebte Wahrheit: Das Referenzalter wird steigen müssen. Heute gilt das in Bundesbern weiterhin als politisch toxisch.

Also wird vorerst weiter an Steuern und Abgaben geschraubt. Bis die Belastung irgendwann so hoch ist, dass selbst eine Rentenaltererhöhung plötzlich mehrheitsfähig wird. Das Problem dabei: Die höheren Abgaben werden bleiben – und das Referenzalter steigt trotzdem.

Damien Martin ist Bundeshausredaktor bei «Finanz und Wirtschaft».